

„Windräder wären ein denkbarer Fall“

Mediator zwischen Bürgerinitiative und Konzern

HAMM ■ Dank einer erfolgreichen Mediation einigten sich in dieser Woche in Hagen eine Bürgerinitiative und der Übertragungsnetzbetreiber Amprion über den Neubau einer Umspannanlage. Der für den Netzausbau in Deutschland bislang einmalige Mediationsprozess wurde mit den Mediatoren Ulrich Kleinert, Vorsitzender Richter am Landgericht a.D. sowie Rolf Heeger, Rechtsanwalt und Notar aus Hamm, durchgeführt. WA-Redakteur Alexander Schäfer sprach mit dem Hammer Anwalt über seine Rolle und die Bedeutung des Verfahrens.

Sie waren als Mediator in einem Konflikt zwischen einem Stromkonzern und einer Bürgerinitiative tätig. Wie kam es dazu, dass Sie als Hammer Anwalt in Hagen tätig wurden?

Heeger: Die Parteien haben sich bei der hiesigen Rechtsanwaltskammer in Hamm nach einem Mediator erkundigt. Da ich in meinem anwaltlichen Tätigkeitsgebiet des Baurechts auch als Schiedsrichter, Schlichter und Mediator ausgebildet bin, bin ich bei der Anwaltskammer in einer entsprechenden Liste verzeichnet. Nachdem beide Parteien mich übereinstimmend als Mediator ausgewählt haben, habe ich mich mit der anstehenden Problematik vertraut gemacht und schnell erkannt, dass die Lösung des Konflikts keine Kleinigkeit ist. Da es sich in umfangreichen Mediationsverfahren bewährt hat, dass nicht nur ein Mediator tätig wird, habe ich den Parteien die Hinzuziehung des sehr erfahrenen Mediators Ulrich Kleinert vorgeschlagen, eines Vorsitzenden Richters am Landgericht Münster a.D.

Wie haben Sie die beiden Konfliktparteien erlebt? Wie schwierig war es, eine Einigung zu erzielen?

Heeger: Die Konfliktparteien haben die Mediatoren überrascht: Die Vertreter der Bürgerinitiative „Menschen unter Strom“ haben sich zum einen in den anstehenden technischen Fragen als sehr sachkundig erwiesen, was dazu geführt hat, dass die BI mit den Vertretern des Stromkonzerns auf Augenhöhe über die zahlreichen Standortvarianten für das Umspannwerk diskutieren konnten. Ebenso beeindruckend war, dass die BI nicht nach dem Sankt-Florian-Prinzip gehandelt hat („Hauptsache, das Umspannwerk entsteht nicht in unserem Ortsteil Garenfeld“), sondern es wurden insgesamt 17 Planungsvarianten für 14 Standorte unter dem Aspekt geprüft, ob eine Lösung gefunden werden konnte, die für jedermann, also auch außerhalb von Garenfeld, mit technisch vertretbarem Aufwand eine möglichst geringe Belastung bedeutet hätte. Überzeugend war auch die fachliche und die kommunikative Kompetenz der beiden Vertreter der Amprion GmbH, die mit 11 000 Kilometer das längste Höchstspannungsnetz in Deutschland betreibt und infolge der sogenannten Energiewende mit anderen Unternehmen dafür zuständig ist, im Rahmen des Netzentwicklungsplans und in Abstimmung mit der Bundesnetzagentur den umweltfreundlichen Windstrom von der Nordsee über 380-Kilovolt-Höchstspannungsleitungen in den Süden zu leiten. Beide Vertreter der Amprion GmbH haben jeden unterbreiteten Alternativvorschlag technisch



Rolf Heeger ■ Foto: pr

geprüft und mit den Verfahrensmitgliedern erörtert. Es war nicht wirklich schwierig, die Einigung zu erzielen. Die entscheidenden Voraussetzungen dafür haben die Parteien selbst mitgebracht, indem sie zu einem solchen Verfahren überhaupt bereit und dann in nicht nur scheinbar konstruktiven Gesprächen um eine vernünftige Lösung bemüht waren, bei der die Interessen aller Beteiligten letztlich zusammengeführt werden konnten. Wir als Mediatoren haben in den Verhandlungen die anfänglich zerstrittenen Parteien durch die eine oder andere Anregung zusammengeführt. In vielen Situationen waren wir eher Moderatoren als Mediatoren. Das Ergebnis besteht darin, dass das neue Umspannwerk zwar in Garenfeld gebaut wird, aber in anderer Weise als zunächst vorgesehen. Einige Stichworte dazu: größtmöglicher Abstand zur Wohnbebauung, umfangreiche Schall- und Sichtschutzmaßnahmen, Reduzierung der Bauhöhe von 22,5 auf 14,5 Meter, Reduzierung der Masthöhe von 75 auf 55 Meter, Wegfall einer Leitungsverbindung, eventueller Rückbau des alten vorhandenen Umspannwerkes.

Inwiefern ist das vom Hagerer Umweltausschuss angestoßene Modell auf andere Städte und Themenfelder übertragbar? Aktuell wird in Hamm über den Standort von Großwindrädern diskutiert. Wäre das zum Beispiel ein Fall für eine Mediation?

Heeger: Dieses Modell ist selbstverständlich auf Großprojekte anderer Art übertragbar. Der Abwägungsprozess zwischen den Interessen der Beteiligten, der hier auf Anregung der beiden juristischen Mediatoren vorgenommen worden ist, war nicht nur umfangreicher, als ein Gericht ihn im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten vornehmen könnte, er ist insbesondere nicht kontrovers, sondern gemeinsam erfolgt. In den sieben Monaten, in denen die Beteiligten in insgesamt 15 Sitzungen 17 Planungsvarianten geprüft, erörtert und sodann darüber entschieden haben, wären in einem verwaltungsgerichtlichen Rechtsstreit – ohne Vorwurf an die überlasteten Gerichte – in erster Instanz gerade einmal die ersten Schriftsätze mit der Darstellung der jeweiligen Standpunkte ausgetauscht worden, weitab noch von jeder Problemlösung, die – nach kontroverserem Verfahren – oft auch erst in zweiter Instanz durch Urteil gefunden wird, bei dem naturgemäß eine Partei unterliegt. Vor diesem Hintergrund wären auch die in Hamm diskutierten Windräder an der A 2 ein denkbarer Fall für eine Mediation – vorausgesetzt, die Beteiligten sind ernsthaft bereit, sich einem solchen Verfahren zu stellen. Was derzeit darüber in der Presse und im Internet zu lesen ist, erinnert an das frühe Stadium des jetzt gelösten Konflikts in Hagen.